

"Zwei Strategien für das Grüne Europa" in Corriere della Sera (6. März 1972)

Legende: Am 6. März 1972 steht Alfredo Diana, Präsident des allgemeinen italienischen Landwirtschaftsverbands (Confagricoltura), der italienischen Tageszeitung Corriere della sera zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Rede und Antwort.

Quelle: Corriere della Sera. dir. de publ. Spadolini, Giovanni. 06.03.1972, n° 10; anno 11. Milano: Corriere della Sera. "Due politiche per l'Europa verde", auteur:Corradi, Egisto , p. 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/zwei_strategien_fur_das_grune_europa_in_corriere_della_sera_6_marz_1972-de-151c95fa-ca34-484a-8deb-32c26f91eboa.html



Publication date: 06/07/2016

UNSERE LANDWIRTSCHAFT UND DIE PLÄNE DES GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN MARKTES

Zwei Strategien für das Grüne Europa

„Bis auf wenige Ausnahmen treffen wir in Brüssel gute Entscheidungen und in Rom schlechte“, erklärt der Vorsitzende des italienischen Landwirtschaftsverbandes Confagricoltura, Alfredo Diana, „die Gemeinschaft ist für die gesamte EWG vorteilhaft – bloß nicht für Italien.“ Aber wir befinden uns an einem Scheideweg: Entweder wir setzen den Weg mit unseren „Partnern“ fort oder gegen sie.

Rom im März

Für Landwirte wie für „Unkundige“ sind die Mechanismen und die Funktionsweise der europäischen Agrargemeinschaft ein recht schwieriges Thema. Die Tragweite bestimmter wichtiger Entscheidungen, die – insbesondere in einem Jahr – in Brüssel und in den Hauptstädten der Länder des Grünen Europa getroffen werden, ist für viele erst recht schwer zu verstehen.

Unabhängig davon, ob man die Beschlüsse versteht oder nicht, sind sie auf jeden Fall folgenschwer. Und zwar für alle, egal ob Landwirt oder nicht. Wir alle sind Verbraucher in einem Europa, das jetzt zehn Staaten zählt. Daraus erwachsen zahlreiche Fragen, von denen manche brandaktuell sind: Geht es der landwirtschaftlichen Gemeinschaft gut oder schlecht? Ist sie ein Fehlschlag oder ein Erfolg? Warum weist Kommissionsvizepräsident Sicco Mansholt immer wieder mahnend nach Italien? Wie hoch wird die Belastung des italienischen Verbrauchers durch die Preiserhöhungen für einige der in Brüssel diskutierten Erzeugnisse sein? Um Antworten auf diese und andere Fragen zu erhalten, haben wir den Doktor der Agrarwissenschaft Alfredo Diana interviewt und ihn um eine Wortwahl gebeten, die speziell für mit der Landwirtschaft und den Mechanismen des gemeinsamen Landwirtschaftsmarktes nicht vertraute Leser verständlich ist. Alfredo Diana ist seit etwa drei Jahren Vorsitzender des italienischen Landwirtschaftsverbandes und selbst Landwirt.

Fast ausgeglichen

Frage: Dr. Diana, könnten Sie uns zunächst sagen, ob es zutrifft, dass die Teilnahme am gemeinsamen Markt Italien jährlich die beachtliche Summe von zweihundert bis zweihundertfünfzig Milliarden Lire kostet? Diese Zahl wird in manchen Zeitungen gelegentlich beiläufig erwähnt, ohne dass ihr Zustandekommen und ihre Zusammensetzung angemessen erklärt würden.

Antwort: Es stimmt nicht, dass der Preis so hoch ist. In der Vergangenheit war die Angabe richtig, aber schon heute ist sie es nicht mehr. Doch auch für die bisherigen Zahlungen gilt, dass diese „Passiva“ mehr als gerechtfertigt waren, weil es sich bei ihnen um eine „Investition“ handelte. Derzeit ist die italienische Bilanz fast ausgeglichen. Und in naher Zukunft könnte sie positiv werden, und zwar auch im strengen buchhalterischen Sinne, d. h. in Barmitteln.

F.: Im Europäischen Parlament in Brüssel werden gegenwärtig Preiserhöhungen in Erwägung gezogen. Welche Erzeugnisse sind davon betroffen? Wie hoch soll die Anhebung ausfallen? Ist sie nicht zu vermeiden? Werden durch sie vielleicht Betriebe, die bereits effizienter arbeiten, gegenüber noch rückständigen Betrieben begünstigt? Werden die Lebenshaltungskosten dadurch letztendlich nicht ansteigen?

A.: Die Erhöhung betrifft alle Erzeugnisse und beläuft sich auf etwa acht Prozent. Meiner Ansicht nach ist sie nicht vermeidbar. Allerdings dürfte sie alleine letztendlich nicht zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten führen, da von den mehr als 15 000 Milliarden Lire, die die Italiener pro Jahr für Lebensmittel ausgeben, nur etwas mehr als 5 000 Milliarden über die Preise an die Landwirte fließen. Der Rest wird für Verarbeitung und Vertrieb ausgegeben.

Von den zahlreichen Gründen, die ich anführen könnte, um zu belegen, dass die Erhöhung unvermeidbar ist,

möchte ich nur einen einzigen hervorheben. Im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre, also von 1951 bis 1971, ist der Erlös der italienischen Landwirte für Weichweizen von 100 auf 107 Indexpunkte angestiegen, wogegen sich der Brotpreis von 100 auf 270 erhöht hat. Zudem ist der Preis für Hartweizen sogar gesunken, nämlich von 100 vor zwanzig Jahren auf heute 85, während der Preis für Nudeln, die aus Hartweizen hergestellt werden, von 100 auf 150 gestiegen ist.

Sicherlich werden die Preiserhöhungen prinzipiell den fortschrittlichsten Unternehmen zugute kommen. Aber eines der Hauptziele des Mansholt-Plans besteht doch gerade darin, die rückständigsten Betriebe zur Umwandlung und Weiterentwicklung zu veranlassen, um Kosten zu senken, und nicht darin, Subventionen zu verteilen, um Betriebe so eben noch am Leben zu erhalten, die vor dem Dilemma stehen, sich entweder zu modernisieren oder aufzugeben.

Die Arbeitskräfte

F.: Es lässt sich nicht länger leugnen, dass viele Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in geringerem Maße gestiegen sind als für Lebensmittel, die wir täglich auf dem Markt kaufen. Allerdings ist auch die italienische Landwirtschaft unseres Wissens nach in den Genuss erheblicher Produktivitätssteigerungen gekommen. Erbrachte ein Hektar Land 1962 noch einen Ertrag von 100, lag der Ertrag pro Hektar im vergangenen Jahr bei gut 197.

A: Wenn das nicht so wäre, wäre die italienische Landwirtschaft schon lange am Ende. Andererseits muss man aber die steigenden Kosten für landwirtschaftliche Arbeitskräfte berücksichtigen. Seit 1966 ist die vertragliche Mindestvergütung in der Landwirtschaft um 70 Prozent gestiegen, verglichen mit 58 Prozent in der Industrie, 43 Prozent im Handel und 41 Prozent im Transportsektor. Hinzu kommen die äußerst starken Anstiege im Bereich der landwirtschaftlichen Rohstoffe und Maschinen. Reicht Ihnen das? Dennoch liegt das Durchschnittseinkommen in der italienischen Landwirtschaft immer noch im mittleren Bereich des italienischen Durchschnittseinkommens oder darunter. Halten Sie einen solchen Unterschied zwischen der Vergütung für die in der Landwirtschaft Tätigen und der für die in anderen Bereichen Tätigen für gerechtfertigt?

F.: Bedeutet das, dass eine solche Preiserhöhung dazu beitragen kann, die bereits wohlbekanntenen Produktionsüberschüsse noch zu vergrößern, die ein Klotz am Bein der europäischen Landwirtschaft zu sein scheinen? Noch vor einem Jahr gab es ausreichend Buttervorräte, um alle Straßen Europas damit zu bestreichen, und genug Milch, um alle Schwimmbäder zu füllen.

A.: Genau, das war vor einem Jahr. Doch haben inzwischen bestimmte Mechanismen gegriffen, so dass die Besorgnis wegen der Überschüsse fast ganz verschwunden ist. Seit einigen Monaten wird nicht mehr befürchtet, in Milch zu ertrinken oder in einem Sumpf aus Butter zu versinken. Wir sind vielmehr an einem Punkt angekommen, an dem so etwas wie eine Exportsteuer auf Milchpulver eingeführt werden musste, um diese Exporte zu begrenzen. Natürlich musste man Kosten tragen, um die Vorräte zu verringern. Doch inzwischen hat man erkannt, dass der normale Wechsel zwischen Jahren mit guter und weniger guter Ernte schon an sich einen bedeutenden Ausgleichsfaktor darstellt.

Die Aufregung wegen der Überschussvorräte wird vor dem Hintergrund des Beitritts von Großbritannien zur EWG erneut in ein anderes Licht gerückt. Großbritannien verfügt zwar über eine sehr moderne Landwirtschaft, doch reicht der Markt des Landes für die eigene Versorgung nicht aus: Es ist auf Importe angewiesen. Insgesamt ist das Selbstversorgungsniveau in Europa mit dem Beitritt der drei neuen EWG-Mitgliedsstaaten von zuvor etwa 100 Prozent auf jetzt circa 85 Prozent gesunken. Andererseits ist die Nachfrage nach Produkten wie Butter und Milch recht stabil: Eine leichte Preissteigerung in diesem Bereich führt nur zu einem minimalen Rückgang der Nachfrage.

F.: Was sagen Sie zu den jüngsten Vorwürfen des Isolationismus und Protektionismus, die von amerikanischer Seite gegenüber der europäischen landwirtschaftlichen Gemeinschaft vorgebracht wurden? Welche Einigungen wurden erzielt?

A.: Die Statistik zeigt, dass der Export von amerikanischen Agrarprodukten nach Europa zwischen 1958 und 1970 von drei auf neun Milliarden Dollar angestiegen ist. Das ist eine Tatsache. Ich halte diese Vorwürfe für etwas übertrieben. Künstlich übertrieben, da ich mir zum Beispiel vorstellen kann, dass sie zufällig im Rahmen des Wahlkampfes von Nixon vorgesehen waren.

Möglich ist allerdings, dass die USA tatsächlich etwas verärgert über die in Europa entstehende Vierte Macht sind und entsprechend bestimmten wirtschaftlichen Interessen ihrerseits dazu neigen, den europäischen Markt als simple Freihandelszone zu verstehen: einen Raum wie die EFTA, in dem zwar keine Zollschränken bestehen, der aber über keinerlei supranationale Macht verfügt. Würde dies Realität, könnten wir uns von Europa verabschieden. Und zwar von dem Europa, wie es seine Gründungsväter entworfen haben: De Gasperi, Schuman, Adenauer, Spaak, Monnet und andere. Um auf Ihre Frage zu antworten: Mit den USA wurden Einfuhrbeschränkungen für einige wenige Produkte vereinbart. So werden Orangen beispielsweise im Juli, August und September eingeführt, wobei für September kein „Lagerungs“-Verbot besteht. Die italienische Produktion dürfte darunter nicht leiden.

F.: *Kommen wir noch einmal kurz auf die Preise zu sprechen. Ist die Festlegung von garantierten Mindestpreisen wirklich erforderlich? Könnte das Europa der Landwirtschaft nicht die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die mehr kosten, wenn sie auf europäischem Boden produziert werden, auf den Weltmärkten erwerben?*

A.: Abgesehen von diversen Begründungsansätzen (gesellschaftlicher, politischer, ökologischer Natur usw.), die für die Gewährleistung eines hohen Maßes an Selbstversorgung sprechen, darf nicht vergessen werden, dass der Weltmarkt dem Risiko unvorhergesehener Preiserhöhungen unterliegen kann. Auch ist zu bedenken, dass einige Weltmarktpreise, die heute relativ niedrig sind, eine unaufhaltsam steigende Tendenz aufweisen. Würden wir keine Preise festlegen und die europäischen Grenzen öffnen, wäre eine landwirtschaftliche Planung unmöglich, was schon bald zu einem Verfall der Landwirtschaft führen würde. Großbritannien hatte seine Landwirtschaft im letzten Jahrhundert absichtlich abgebaut. Danach war das Land zwischen den beiden Kriegen jedoch gezwungen, sie zu sehr hohen Kosten wiederaufzubauen.

Allerdings ist der Wiederaufbau der britischen Landwirtschaft nach vernünftigen Kriterien erfolgt. Die durchschnittliche Größe und Produktivität der Betriebe kommen denen eines aus der Sicht von Mansholt und gemäß unseren eigenen Kriterien „effizienten“ Betriebs sehr nahe. (Ein durchschnittlicher britischer Betrieb ist 30 Hektar groß, ein italienischer dagegen nur 6,9 Hektar.) In Bezug auf die derzeitige Preisstützungspolitik muss man anerkennen, dass durch sie die Umstrukturierung der europäischen Landwirtschaft finanziert wird, d. h. ihr Weg zum Ziel der Effizienz.

F.: *1958 wurde in Stresa beschlossen, dass das Europa der Landwirtschaft gemeinsam mit einer bestimmten Preispolitik eine Strategie der Strukturverbesserung verfolgen sollte, um so vielen landwirtschaftlichen Betrieben wie möglich zur Effizienz zu verhelfen. Doch erst im vergangenen Jahr wurde – in erster Linie dank entschiedener italienischer Intervention – die so genannte Strukturpolitik auf den Weg gebracht.*

A.: So ist es. Erst im März 1971 entschied sich das Europäische Parlament nach einer langen Debatte unter der Leitung von Minister Natali auch für den Weg der Strukturverbesserung. Zu den präventiven Maßnahmen in Brüssel gehört die Einführung von Pensionen (in Höhe von 30 000 Lire pro Jahr) für Bauern im Alter von 40 bis 50 Jahren, die die Landwirtschaft aufgeben möchten (und ihren Boden durch Verkauf oder Verpachtung jüngeren Bauern überlassen, die auf ihrem Land bleiben wollen, was die Bildung von Betrieben mit mehr Land ermöglicht). In Brüssel fanden anlässlich der Verabschiedung dieser Vorschrift Protestkundgebungen belgischer Landwirte statt. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei gab es auch einen Toten: das erste Opfer für die europäische Sache.

F.: *Welchen Beitrag will die Gemeinschaft durch ihren Fonds mit dem Namen EAGFL zur italienischen Strukturentwicklung leisten?*

A.: Der EAGFL hat sich zur Zahlung von 65 Prozent der Pensionssumme an die Bauern verpflichtet, wenn die Regierungen – in unserem Fall die italienische Regierung – die verbleibenden 35 Prozent übernehmen.

Bei anderen Maßnahmen ist der EAGFL-Beitrag geringer und sinkt bis auf 25 Prozent. Voraussetzung für die EAGFL-Zahlungen ist jedoch, dass die betroffenen Regierungen sich durch geeignete Gesetze verpflichten, den Rest auszuführen. Italien jedoch, das unter den europäischen Ländern am meisten von den speziellen EAGFL-Zahlungen zur Strukturförderung profitieren würde, hat bisher noch keine Anstalten in diese Richtung gemacht und scheint dies auch nicht zu beabsichtigen.

Pessimismus

F.: Im vergangenen Jahr brachte die französische Regierung nach der entscheidenden Tagung in Brüssel im März gegenüber dem französischen Landwirtschaftsminister, Cointant, ihre Besorgnis über die soeben verabschiedete Strukturpolitik zum Ausdruck (durch die Italien viel stärker begünstigt wird als Frankreich). Der Minister, der noch immer im Amt ist, erwiderte lächelnd: „Darüber braucht man sich keine Gedanken zu machen. Italien wird mit Sicherheit niemals in der Lage sein, die Gesetze zu verabschieden, die erforderlich sind, um die EAGFL-Leistungen in Anspruch zu nehmen.“ Müssen wir also annehmen, dass Cointant die Lage richtig eingeschätzt hat?

A.: Bisher muss das leider bejaht werden, auch wenn wir uns wünschen, dass Italien unseren Pessimismus durch Taten Lügen straft. Das Problem ist, dass Italien bis auf wenige Ausnahmen in Brüssel eine gute Landwirtschaftspolitik macht und in Rom eine schlechte. Das lässt sich nicht miteinander vereinbaren. Doch dies ist die Stunde der endgültigen Entscheidungen. Entweder wir gehen mit Europa oder gegen Europa.

F.: Wir befinden uns also an einem Scheideweg?

A.: Im wahrsten Sinne des Wortes. Wir befinden uns an einem Punkt, an dem ich auf die Frage, wie es der Landwirtschaft der Gemeinschaft geht, antworten würde: Sie ist für ganz Europa vorteilhaft – bloß nicht für Italien. Doch es muss weiter darüber gesprochen werden, warum Italien in Brüssel eine Politik macht und in Rom eine andere.

Egisto Corradi